Bürgerinitiative Gesamtschule Tittelsstraße

als Kontaktanschrift:
Klaus Köhler

D-52146 Würselen, den 06. Oktober 2016
Krottstr. 22
☎ p.: 02405/93158

An den
Bürgermeister
der Stadt Würselen

Beschwerde und Anregung gem. § 24 GO NRW zur
Entscheidung des Rates vom 29. September 2015 zum künftigen Standort der Gesamtschule

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

leider haften weder die Ratsmitglieder noch die Verwaltungsvertreter für die Kosten von Entscheidungen und Maßnahmen, bezahlen müssen wir Bürger und Steuerzahler, erfahrungsgemäß durch weitere Steuererhöhungen.

Das Vorgehen, eine Sanierung teurer zu rechnen als einen Neubau, ist den Bürgerinnen und Bürger von Würselen nur zu bekannt. Das Projekt Aquana, der Ersatz für Vernichtung des Frei- und Hallenbades am Wisselsbach, bezahlen wir bis heute und noch etliche weitere Jahre mit derzeitig jährlich 1 Million Euro. Diese Entscheidung hat so nebenbei auch den Wassersport behindert, die Aquana-Anlage ist nicht wettbewerbstauglich.

Dieses Muster, nicht sanieren, lieber teuer neu zu bauen und dabei den Sport zu behindern findet sich auch bei der Standortscheidung Krottstraße wieder.

Da wir Bürgerinnen und Bürger für die Kosten haften haben wir auch ein Anrecht darauf, eine derartig kostenträchtige Maßnahme wie die Standortentscheidung zur Gesamtschule nachvollziehbar begründet und in einer seriösen Gesamtkostenbetrachtung dargelegt zu bekommen.

Dies ist, deswegen diese <u>Beschwerde nach § 24 GO NRW</u>, bis heute nicht erfolgt.

Die zur Thematik durchgeführte Bürgerinformation am 6. Juli 2016 hat erschreckend deutlich gemacht, wie mit den berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger umgegangen wird. Es sind bereits erhebliche Kosten für Gutachten entstanden. Diese warfen mehr Fragen auf als sie Antworten gegeben haben - siehe Protokoll der Versammlung und den von 209 Bürgerinnen und Bürgern unterschriebenen Einspruch gegen den Bebauungsplan 218 im Bereich Krottstr./Gesamtschule, der Ihnen, Herr Bürgermeister, persönlich übergeben wurde.

<u>Ein</u> Schwerpunkt der zahlreichen Einwände ist Schaffung weiterer kritischer Verkehrsprobleme. Die Fahrradstraße hat die Querung an der Kreuzung Friedrich- und Krottstraße unübersichtlicher und damit gefährlicher gemacht, noch unübersichtlicher mit erheblichen Staufolgen ist der markseitige Übergang der Friedrichstraße. Aufgrund der dort zu erwartenden Verzögerungen fahren die Rettungsfahrzeuge inzwischen immer häufiger durch die Krottstraße und gegen die Einbahnstraßenregelung auf die Drisch- bzw. Dobacher Straße ein. So ist man sicher schneller am Krankenhaus.

Es ist schon bitter feststellen zu müssen, das Rat und Verwaltung die mit der Entscheidung Fahrradstraße bereits angerichtete Problematik nicht einmal (er-)kennen. Ein Verkehrsgutachten welches nicht bemerkt, dass der Kreuzungsbereich Krott-, Wilhelm- und Friedrichstraße der zentrale Verkehrsknoten für Zu- und Abfahrten vom Willy-Brandt-Ring (K30) zur Innenstadt ist, ist das gezahlte Steuergeld nicht wert. Ein Rat, der den verkehrs - und infrastrukturell optimalen Schulstandort Tittelsstraße nicht haben will, will augenscheinlich seine Bürgerinnen und Bürger bzw. die Schülerinnen und Schüler nicht wirksam vor Gefahren bewahren.

Leider müssen wir auch feststellen, dass die berechtigten Hinweise und Einwände der Bürgerinnen und Bürger verfahrenstechnisch einfach "zur Seite gelegt" werden. Die Firma Ernst & Young wurde in der letzten Septembersitzung des Rates mit der weiteren Durchführung des ÖPP-Vergabeverfahrens beauftragt. Es geht offensichtlich darum, schnell Fakten in einem selbst für den Rat künftig immer undurchsichtigeren Verfahren zu schaffen. Wo bleibt da eigentlich die politische Verantwortung? Klarheit über Baumaßnahmen gibt es erst nach Abschluss dieses Verfahrens, laut Zeitplan etwa in einem Jahr. Dann weiß man erst wie es weiter geht, ist jedoch erhebliche Kostenverpflichtungen eingegangen, die wir Steuerzahlerinnen und -zahler tragen müssen.

Was ist das für eine Planungsvorgehen, man kennt den Zugang zur beabsichtigen Schule nicht, behautet aber, das verkehrsstrukturell nichts zu veranlassen sei. Irgendwie erinnert das stark an den Berliner Flughafen - man baut drauf los und wundert sich dann über Probleme und Zusatzkosten.

Derzeitig hat der Rat die Bürgerinnen und Bürger bereits mit nicht rückholfähigen Kosten von rund 190.000 Euro belastet - s. Anlage. Das im Ratsbeschluss von 2015 unterlegte "Begründungsgutachten" der Stolberger Fa. APP hat offensichtlich "nur" 9186,80 Euro gekostet. Man hätte das Gutachten vielleicht richtig lesen müssen. Mit Zahlenspielchen als "investitionsorientierte Entscheidungshilfe" - s. APP - Gutachten - **kann eine so kostenintensive Standortscheidung nicht ernsthaft oder glaubwürdig begründet werden**.

Die Hälfte der u. E. unnötigen Kosten, knapp 90.000 Euro geht als Vorbereitungsbezahlung an die Firma Ernst & Young. Wofür bezahlen wir eigentlich die dafür zuständigen Bereiche in der Verwaltung? Und wie teuer wird uns Bürgerinnen und Bürger die Firma Ernst & Young noch für die Durchführungsphase werden, die Kosten dafür sind z. Z. nicht öffentlich. **Alles Kosten, die beim Standort Tittelsstraße nicht angefallen wären.**

Es gab im vergangenen Jahr und gibt auch heute noch bessere Entscheidungsmöglichkeiten - siehe anliegende Information der CDU aus 2015. Eine derartige gesamthaft vergleichende Struktur ist u. E. eine unabdingbare Voraussetzung für Entscheidungstransparenz. Nur so entsteht politische Glaubwürdigkeit und wird eine derartig kostenträchtigen Entscheidung nachvollziehbar:

1. Bereich - finanzielle Auswirkungen:
Die Kostenbetrachtungen in der Anlage sind sicherlich aufgrund einiger struktureller Entscheidungen zu modifizieren, siehe auch den abgelehnten Antrag der Oppositionsfraktionen vom 14.06.2016: In den Prüfungsprozess bzw. die Bewertung sind auch die Landesmittel, die künftig zur Sanierung von Schulen bereitgestellt werden, einzubeziehen.
Bei einer Überarbeitung der anliegenden Auflistung der CDU erwarten wir nach wie vor, das eine Sanierung der Tittelsstraße die für den Bürger kostengünstigere Lösung sein wird.

Aber das ist ja nicht alles, ganz wesentliche Bedeutung hat der
2. Bereich - die sogenannten finanziellen Risiken

Hier kommt erfreulicherweise endlich der reale Standortvorteil der voll erschlossenen Tittelsstraße auch argumentativ zum Tragen, etwas was in allen Kostenbetrachtungen von APP bis E&Y völlig rausgehalten wird.

Die Tittelsstraße ist ein großzügiges Schulgelände mit erheblich mehr Freifläche und verkehrstechnisch übersichtlichen Zu- und Abgangsmöglichleiten. Das Gelände ist aufgrund der Größe auch für weitere Entwicklungen hervorragend geeignet. Die Pausennutzung ist mit dem angrenzenden Stadtpark schlichtweg besser. Man könnte auf das Gelände sogar noch den Neubau hinstellen, wenn er denn erforderlich wäre. Diese flächenmäßige Großzügigkeit wird in der Krottstraße immer fehlen.

Die Freifläche in der Krottstraße wird von Anfang sehr begrenzt sein, die Pausenverhalten wird sich in die Krottstraße hinein oder über den Willy-Brandt-Ring hinaus ins Feld ausdehnen müssen. Auf das verkehrstechnisch bedingte erhöhte Gefahrenpotential haben wir schon mehrfach hingewiesen.

Auch der
3. Bereich - die sonstigen Folgekosten

tauchen in einer Gesamtkostenbewertung generell nicht auf. Im Gegenteil, in dem Vortrag der Fa. E&Y am 13. 09.2016 im Rat werden konkret benannte Folgekosten bereits deutlich ausgeklammert. Die Erschließungskosten sind ohnehin nicht erfasst.

Bei der Begründung zur Standortscheidung vergleicht man bisher nur Äpfel und Birnen, wie es gerade passt. So ist ein seriöser, glaubwürdiger Vergleich, was ist denn für die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die kostengünstigere Lösung ist, schlichtweg nicht möglich. Das scheint gewollt zu sein.

Und wenn dann in der Ratssitzung zum E&Y-Vortrag Kostenanfragen aus der CDU-Fraktion nicht beantwortet/übergangen werden und im Sitzungsprotokoll zu lesen ist: " Anschließende Fragen der Stadtverordneten wurden kompetent und zur Zufriedenheit beantwortet", fragt man sich als beiwohnender Bürger auf der Tribüne, was ist das für eine demokratischen Selbstverständnis im Rat?????

Und der
4. Bereich - die sonstigen Vor- und Nachteile

erfasst noch einmal die seit dem Beschluss vom September 2015 leider nicht mehr diskutierten, kostenträchtig unter den Tisch gekehrten Vorteile des Standortes Tittelsstraße, auch im Hinblick auf die Verkehrssicherheit.

In diesen Bereich fallen inhaltlich noch die negativen Auswirkungen auf die Abwicklung des Schul- und Vereinssports. Will man seitens des Rates eigentlich den Vereinen, die ganz wichtig eine hervorragende Jugendarbeit leisten, das Organisieren der vielen Aktivitäten nur erschweren bis unmöglich machen? Die Diskussion um ein Sportzentrum ist alt und sie verdient es, als Gesamtkonzept geschlossen geplant zu werden. Man sollte das nicht als unvollständige Krücke aufgrund des erzwungenen Ersatzes von zwei Ascheplätzen beginnen und dann vermutlich viele weitere Jahre liegen lassen weil kein Geld da sein wird. Für die Sportdurchführung bitte keine Krücken.

Es entsteht bei uns der Eindruck, das mit Eilentscheidungen, Fraktionszwang usw. die Möglichkeit der Weiternutzung der Schule Tittelsstraße verhindert werden soll. Warum? Die Sanierungsfähigkeit der Tittelsstraße ist inzwischen, auch nach Erkenntnissen der Verwaltungsspitze, unbestritten gegeben.

Der Aufruf "Bilden Sie sich selbst ein Urteil" am Ende des beiliegenden Info-Blattes der CDU ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern angekommen und man fragt sich, wie konnte es im September 2015 überhaupt zu der Entscheidung Neubau der Gesamtschule in der Krottstraße kommen? War die anliegende, äußerst sinnvolle Systematik für eine Entscheidungsbegründung im Rat nicht bekannt?

In den Sitzungsunterlagen für den 29.09.2015 ist eine solche Argumentationsstruktur tatsächlich nicht zu finden. Warum nicht?

Der Beschluss von 2015 enthält in der Ziffer 7 zwar eine kostenabhängige Option auf eine Sanierung des Schulgeländes Tittelsstraße. Leider wird bis zur Klärung dieser Frage so viel Steuergeld verschwendet, besser verschleudert worden sein, werden so viele Kosten-Verbindlichkeiten eingegangen worden sein, das es dann heißen wird, Augen zu und durch, Aussteigen ist teurer als Weitermachen.

Alles schon dagewesen. Man sollte seine Bürgerinnen und Bürger nicht für dumm verkaufen, dieser Eindruck ist mit und nach der Veranstaltung vom 6. Juli 2016 zwangsläufig entstanden.

Wir wollen mit diesen § 24 GO NRW - Begehren verhindern, das weiter Steuergelder unnötig und ohne vertretbare Begründung verschwendet werden. Wir erwarten, und das ist jetzt der Anregungsteil nach § 24 GO NRW , **das sofort alle kostenträchtigen Maßnahmen, die nur die Realisierung als ÖPP-Neubaus in der Krottstraße vorantreiben, ausgesetzt werden.**

Wir erwarten unverzüglich eine Überprüfung der Standortentscheidung und Erstellung einer transparente Entscheidungsübersicht zu allen Faktoren, vor allem aber zu allen Kosten und Folgekosten, die mit dem Neubau in der Krottstraße verbunden sind. Die Systematik des CDU-Infoblattes hat eine verständliche, bürgernahe Ausdruckskraft, ist für uns Bürgerinnen und Bürger durchaus hilfreich und solltet auch weiter angewendet werden.

Wie im Rat inzwischen sicherlich bekannt sind wir zu einer Bürgerinitiative Pro Gesamtschule Tittelsstraße geworden. Wir haben für dieses Begehren keine neue Unterschriftenliste erstellt, weil wir wissen, dass es beim nächsten Anlauf viel mehr als die 209 Unterschriften nach 2 Tagen sein werden. Der Rat sollte sich schnellstmöglich der öffentlich nachvollziehbaren Überprüfung der Standortentscheidung annehmen und keine weiteren Steuergelder verschwenden.

Wir haben seit Juni leider nicht den Eindruck bekommen, das bei der großen Koalition, der Ratsmehrheit von SPD und CDU, das Umdenken etwas Vertrautes ist, sonst wären die Anträge aus der Opposition bereits der geeignete Weg zur Umkehr zur Sachlichkeit gewesen.

Wir befürchten, dass wir leider noch mehr Aufwand betreiben müssen. Wir werden ganz sicher
- alle Rechtsmittel in den baurechtlichen Verfahren ausschöpfen,
- der § 26 der GO NRW beinhaltet auch noch Möglichkeiten
- die zu erwartenden Steuererhöhungen in den nächsten Jahren werden wir alle mit Beschwerden nach § 24 GO NRW begleiten und die Medien haben großes Interesse an sachlicher Transparenz.

Wir hoffen, das vielleicht doch die Einsicht schnell wächst , sonst kostet das Vorhaben uns Bürgerinnen und Bürger viel zu viel Geld - man denke ans Aquana, an den Berliner Flughafen usw. Wir fordern, das die Standortentscheidung zur Gesamtschule nachvollziehbar begründet und in einer seriösen Gesamtkostenbetrachtung offen gelegt wird.

Mit freundlichem Gruß

Klaus Köhler Marion Peters Joachim Classen Elfriede Drabent Hans-Peter Drabent

Anlage:
1 Informations- und Meinungsbildungsblatt der CDU aus 2015
2. Kostenübersicht über Gutachterkosten u.ä.

SCHULSTANDORT GESAMTSCHULE!

CDU WÜRSELEN

Liebe Würselenerinnen und Würselener,

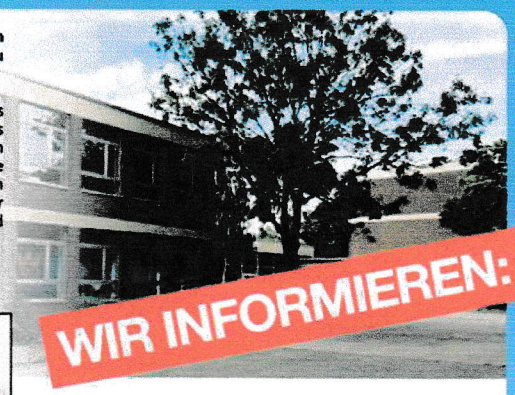
nachdem die Eltern entschieden haben, dass in Würselen eine Gesamtschule eingerichtet werden soll, geht es nun darum, festzulegen, wo die Gesamtschule untergebracht werden soll.

Zwei Standorte stehen zur Wahl:
Entweder ein Neubau an der Krottstraße auf dem Gelände des VfR Würselen oder ein Umbau der Realschule. Wir meinen, dass sich Würselen einen Neubau, der viele Millionen mehr kosten würde als eine Erweiterung und Sanierung der Realschule, in Anbetracht von rund 100 Millionen Schulden nicht leisten kann. Wir meinen auch, dass Würselen sich die mit einem Neubau verbundenen zusätzlichen Risiken nicht leisten kann. Lieber wollen wir etwas mehr Geld als unbedingt nötig in die Neugestaltung der Realschule investieren und die Gebäude nach neuesten technischen und energetischen Gesichtspunkten sanieren und dazu sogar noch eine neue 2-fach Sporthalle bauen als Millionen mehr für einen Neubau auszugeben.

Wir sagen ja zur Gesamtschule mit einer sehr guten Ausstattung, wir sagen nein zu letztlich vom Bürger zu zahlende Mehrkosten in Millionenhöhe für einen Neubau.

Denn wir brauchen auch noch Geld für den Umbau des Gymnasiums, für eine neue Sporthalle in Broichweiden und vieles andere mehr. Damit Sie sich im Rahmen der anstehenden Bürgerbeteiligung ein Bild davon machen können, welche finanziellen und andere Folgen mit einem Neubau oder einem Umbau verbunden sind, haben wir auf der Grundlage der von der Verwaltung ermittelten Zahlen für Sie die finanziellen und anderen Folgen der beiden Varianten gegenübergestellt.

Ihre CDU-Fraktion



Auswirkung der Standorte Gesamtschule

A. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

I. Baukosten

UMBAU REALSCHULE		NEUBAU KROTTSTRASSE	
a.) Umbau Realschule	€ 22,9 Mio.	Neubau	€ 32,3 Mio.
b.) Umbau Realschule inkl. 2-fach Sporthalle	€ 25,9 Mio.	MEHRKOSTEN: gegenüber a.) gegenüber b.)	€ 9,4 Mio. € 6,4 Mio.

II. Mehrbelastung im Ergebnisplan (Haushalt)

a.) Umbau Realschule	€ 1.042.000 p.a.	Neubau	€ 1.267.700 p.a.
b.) Umbau Realschule inkl. 2-fachSporthalle	€ 1.220.500 p.a.	MEHRKOSTEN PRO JAHR: gegenüber a.) gegenüber b.)	€ 225.500 p.a. € 47.200 p.a.

NACHGERECHNET:

MEHRKOSTEN: Neubau gegenüber Umbau über einen Abschreibungszeitraum von **60 Jahren:**
a.) € 225.000 x 60 J. = € 13,5 Mio.
b.) € 47.200 x 60 J. = € 2,83 Mio.

MEHRKOSTEN: Durch längere Abschreibung des **Neubau** von **80 Jahren** (gegenüber des Umbau von 60 J.), zusätzlich:
Restlaufzeit für Neubau also noch 20 Jahre,
abzüglich der Differenz Betriebskosten Neubau zu Betriebskosten Realschule:
€ 410.100,- p.a. - € 272.200,- p.a. = € 137.900,- p.a.
(€ 1.267.00,- p.a. - € 137.900 p.a.) x 20 J. = € 22.582.000,-

Fazit: ***Mehrkosten Neubau gegenüber Umbau über 80 Jahre Abschreibung hier insgesamt:***
a.) € 13,5 Mio. + € 22,58 Mio = € 36,08 Mio.
b.) € 2,83 Mio. + € 22,58 Mio. = € 24,41 Mio.

III. Kosten für Zinsabsicherung Darlehen über Laufzeit Darlehen 30 Jahre

a.) Umbau Realschule	(nicht berechnet)	Neubau	€ 242.250,00 p.a.
b) Umbau Realschule + 2-fach Sporthalle	€ 195.000,00 p.a.	MEHRKOSTEN: bei 30 Jahren Laufzeit Darlehen gegenüber Umbau + 2-fach Sporthalle: € 242.250 - € 195.000 = 47.250 € x 30 J. = 1,42 Mio. €	

ANMERKUNG:
Bei Umbau Realschule ohne neue Sporthalle erhöhen sich die Mehrkosten entsprechend.

IV. Belastungen Kassenkredite durch Tilgung Darlehen über 30 Jahre

a.) Umbau Realschule	nicht berechnet	Neubau	1. Jahr € 323.000,- 2. Jahr € 329.000,-
b.) Umbau Realschule inkl. 2-fachporthalle	1. Jahr € 260.000,- 2. Jahr € 265.000,-	MEHRBELASTUNG im Kassenkredit Neubau gegenüber Umbau € 63.000,- p.a. Steigend bis zum 29. Jahr der Laufzeit!	

B. WEITERE FINANZIELLE RISIKEN

I. Kosten für Infrastruktur

Die Realschule verfügt über eine **komplette Infrastruktur.** Teile, wie z. B. Kanal müssen erneuert werden

- sind in bisherigen Kostenberechnungen nicht enthalten.

Infrastruktur für eine neue Gesamtschule (Schüler/ Lehrerparkplätze, Bushaltestellen, Kanal, Zuwegung, sonstige) muss komplett neu erstellt werden. Kosten wurden bislang nicht berücksichtigt und sind in Kostenberechnung nicht enthalten.

II. Zusätzliche Baukosten

Ein Umbau ist immer mit Risiken behaftet, da sich evtl. im Zuge eines Umbaus weitere, bislang nicht bekannte Mängel zeigen können. Daher sind Mehrkosten nicht auszuschließen. Es wurden aber lt. Angaben des Technischen Beigeordneten umfängliche Voruntersuchungen durchgeführt, so dass die wesentlichen Mängel bekannt sind und das Risiko überschaubar.

Es gibt bisher noch keine Planung, sondern eine grobe Kostenschätzung basierend auf angenommenen Kosten von

€ 2.200,00 je m².

Wie hoch die Kosten wirklich werden, ist bislang objektiv nicht verifizierbar. Die durchschnittlichen Kostensteigerungen bei öffentlichen Bauten liegen statistisch bei 28%.

III. Planungskosten

Beim Umbau Realschule muss im Fall des Neubaus einer 2-fach Sporthalle ein B-Plan geändert werden.

Es existiert **kein Bebauungsplan.** Es muss ein **komplettes** B-Plan Verfahren in Gang gesetzt und finanziert werden.

IV. Risiko Folgenutzung Realschule

Kein Risiko, da die Realschule ja weiter genutzt wird.

Nach dem Auslaufen der Realschule muss eine Folgenutzung für die Gebäude gesucht werden. Solange es keine Folgenutzung gibt oder nur eine Teilfolgenutzung gibt, müssen die gesamten Kosten weiter finanziert werden. Derzeit belaufen sich die jährlichen Kosten (Abschreibung/Betriebs-kosten) auf mehr als

€ 400.000,- p.a.

V. Instandsetzungskosten Realschule

Kein Risiko, da ja bei dem Umbau eine komplette technische u. energ. Sanierung erfolgt, deren Kosten in den Baukosten enthalten sind.

Um die Realschulgebäude einer Folgenutzung zuführen zu können, müsste die Realschule saniert werden. Wie hoch die Kosten einer tech. und energ. Sanierung sind, wurde bislang nicht berechnet. Es kann aber als gesichert angesehen werden, dass im Falle einer Komplettsanierung zusätzl. zu den Kosten für den Neubau weitere Millionen aufzuwenden ist.

VI. Alternativlösung Abriss Realschule

Kein Risiko, da Gebäude ja erhalten wird.

Wenn für die Realschulgebäude keine Folgenutzung gefunden wird, müssten die Gebäude zur Vermeidung dauerhafter Haushaltsbelastungen abgerissen werden. Dadurch entsteht lt. Verwaltung ein Eigenkapitalverlust von 4.243 Mio. €. Um diesen Verlust zu finanzieren (was zwingend erforderlich ist) müssten im Haushalt von **2016-2021** € 707.000,00 p.a. zusätzlich erwirtschaftet werden. Da nicht zu erkennen ist, wie jährlich dieser Betrag eingespart werden kann, hätte das voraussichtlich entsprechende **Steuererhöhungen zur Folge.**

C. SONSTIGE FOLGEN

Bei einem Umbau Realschule mit 2-fach Sporthalle entstünde der Mehrwert einer neuen Sporthalle. Die alte ESV Halle (derzeitiger dringender Sanierungsbedarf i.H.v. rd. 250.000,00 € und jährlichen Betriebskosten von 17.000,00 €) könnte abgerissen werden.

Bei einem Neubau muss wie unter B V und B VI ausgeführt eine Folgenutzung für die Realschule bzw. das Gebäude gefunden werden. Konkrete Lösungen gibt es bislang nicht. Durch die Inanspruchnahme der Trainingsplätze für den Neubau an der Krottstraße muss entweder der Rasenplatz (VfR) in einen Kunstrasenplatz (zusätzliche Kosten € 600.000,-) umgewandelt werden oder alternativ kommt der Bau eines neuen Sportzentrums am Aquana (Baukosten geschätzt € 3,3 Mio.) in Betracht, finanziert durch Verkauf der Sportplätze VfR und Rhenania. Der Bau eines Sportzentrums ist allerdings keine zwangsläufige Folge eines Schulneubaus, sondern könnte unter den gleichen Bedingungen auch bei einem Umbau Realschule realisiert werden.
Eine neue Sporthalle gibt es bei einem Schulneubau nicht. Würden die Realschulgebäude abgerissen, würde auch die jetzt bereits bestehende 1-fach Halle wegfallen und die Hallenflächen würden sich weiter verringern.

D. SONSTIGE VOR- UND NACHTEILE

UMBAU REALSCHULE

a) Vorteile:
- Ruhige Lage im Zentrum der Stadt
- Nähe Stadtgarten/Markt
- Etablierter Schulstandort
- Erweiterng auf 5-zügige Schule möglich
- Gute Erreichbarkeit auch zu Fuß aus vielen Stadtteilen
- Fahrradanbindung durch Stadtgarten und über Markt
- Nach technischer und energetischer Vollsanierung entspricht die Schule qualitativ wieder einem Neubau

b) Nachteile:
- Beeinträchtigungen beim Umbau auf Schulbetrieb Realschule sind nicht auszuschließen.

NEUBAU KROTTSTRASS

a) Vorteile:
- Ein Neubau kann repräsentativer gestaltet werden
- Die schulischen Vorgaben, insbesondere der Inclusion können einfacher umgesetzt werden
- Gute verkehrliche Anbindung
- Keine Belästigungen des Schulbetriebs der Realschule während Bauphase
- Erweiterung auf 5-zügige Schule möglich

b) Nachteile:
- Zur Bebauung vorgesehenes Gelände liegt gem. Geodaten NRW zur Hälfte in unmittelbaren Lärmpegelbereich der K30
- Keine Zentrumslage, für viele Schüler nicht oder schwer zu Fuß erreichbar.

BILDEN SIE SICH SELBST EIN URTEIL!

Layout, Fotos & Gestaltung Kern | Technik & Design, Gottfried Kern • V.I.S.d.P. CDU Fraktion Würselen, Vertreten durch den Vorsitzenden Karl-Jürgen Schmitz

Finanzierung Neubau Gesamtschule

Anlage 2

Leistung:	Auftrag:	Zahlungen:	noch zu zahlen:
Erstellung Kurzgutachten Gesamtschule	9.186,80	9.186,80	0,00
Baugrunduntersuchungen mit Erläuterungsbericht	2.665,60	2.665,60	0,00
1. Ertüchtigung des beizubehaltenden Standortes Realschule, Mensa und Bau der Gesamtschule	3.122,56	3.122,56	0,00
2. Vereinbarung bzgl. Stdleistungen Termin DSK			
Verkehrsuntersuchung Gesamtschule	2.028,95	2.028,95	0,00
Verkehrsuntersuchung Gesamtschule	12.852,00	12.852,00	0,00
Verkehrsuntersuchung Gesamtschule	8.901,20	8.901,20	0,00
Summe 2015:	**38.757,11**	**38.757,11**	**0,00**
Angebot für technische und wirtschaftliche Beratungsleistungen	20.224,05	0,00	20.224,05
für das Projekt "Neubau einer Gesamtschule in Würselen"			0,00
Phase 1 - Wirtschaftlichkeitsuntersuchung			0,00
Ergänzung unserer Auftragsvereinbarung vom 22.03.2016	14.156,84	0,00	14.156,84
Projektstart, Projektorganisation und –strukturierung;			0,00
Kostenplausibilisierung; Vergabe- und Vertragsstrategie			0,00
Angebot für technische und wirtschaftliche Beratungsleistungen	88.863,25	0,00	88.863,25
für das Projekt "Neubau einer Gesamtschule in Würselen"			0,00
Phase 2 - Begleitung des Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens			0,00
Grundlagenplan für Bebauungsplan und Architektenplanung der	4.224,50	4.224,50	0,00
Gesamtschule sowie Knotenpunktaufmaß für Verkehrsplanung			0,00
Untersuchung einer Altlastenverdachtsfläche	3.332,00	0,00	3.332,00
Gefährdungsabschätzung der sensiblen Nutzung im Bereich der	3.064,25	0,00	3.064,25
Altlastenverdachtsflächen			0,00
Verkehrsuntersuchung	11.282,99	0,00	11.282,99
Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung (ASP Stufe I)	1.606,50	1.606,50	0,00
Schallimmissionstechnische Untersuchungen:	2.701,30	0,00	2.701,30
Fachbeitrag Lärm und Beschaffung Laserscan-Höhendaten			
Summe 2016:	**149.455,68**	**5.831,00**	**143.624,68**
Gesamt-Summe 2015+2016:	**188.212,79**	**44.588,11**	**143.624,68**